*Maskottchen **Horst** schwingt die VBE-Fahne*	*Ehrenvorsitzender (VBE-BW) Emil Huber und Ehrenvorsitzender Josef Klein (VBE SüBa) Josef Klein unterstützen die Demo.*	*Auch das Ehepaar Rimmele war bei der Aktion mit von der Partie.*

6000 Demonstranten bei BBW-Demo

3000 Teilnehmer hatte der „BBW Beamtenbund-Tarifunion", die Dachorganisation des VBE in Stuttgart zur Demonstration erwartet. 6000 waren gekommen um für einen annehmbaren Tarifabschluss im TV-L zu demonstrieren. Die Angestellten erwarten zumindest einen Gleichklang mit dem TVöD der im Frühjahr ausgehandelt wurde, die Beamten erwarten eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme durch die Politik. Kai Rosenberger, (BBW-Vorsitzender) und der Fachvorstand Tarif des „dbb – Deutscher Beamtenbund Tarifunion", Volker Geyer, heizten den Versammelten auf dem Stuttgarter Schlossplatz ein, nachdem sich der Zug von der Friedrichstraße aus –die Innenstadt umrundend- dorthin bewegt hatte. Schlussredner war Florian Köbler von der Beamtenbund-Jugend, der mit jugendlicher Frische die Rednerliste schloss.

Kai Rosenberger, Landesvorsitzender des BBW - Beamtenbund Tarifunion kritisierte die Konkurrenz zwischen Bund und Kommunen und den Ländern: „Beschäftigte, die für die Länder arbeiten, erhalten für dieselbe Tätigkeit weniger, als wenn sie für Bund oder Kommunen arbeiten würden." Der dbb fordert daher 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 500 Euro, um den Unterschied zwischen den Arbeitgebenden auszugleichen und das Einkommen an die Inflation anzupassen. Rosenberger wies zudem auf die drohende Fachkräfteabwanderung im öffentlichen Dienst hin: „Wir suchen im öffentlichen Dienst der Länder händeringend nach Fachkräften. Da können wir es uns schlicht nicht leisten, wenn wertvolle Fachkräfte wegen der besseren Konditionen zu Bund, Kommunen und die Privatwirtschaft abwandern. Nein, die Länder müssen wieder attraktiv für Fachkräfte werden. Und das gelingt nur mit besserer Bezahlung, besseren

Arbeitsbedingungen sowie unbefristeter Übernahme von Auszubildenden und Studierenden."

Die derzeit geltenden Einkommen und Arbeitsbedingungen seien mit den aktuellen multiplen Krisen nicht mehr vereinbar, konstatierte Volker Geyer: „Wer Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Pflege will, muss die Menschen in diesen Bereichen auch angemessen bezahlen, statt an jeder Ecke zu sparen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten Deutschland am Laufen. Wer meint, beim öffentlichen Dienst sparen zu müssen, darf sich nicht wundern, wenn er bald nicht mehr funktioniert. Mit dieser gesellschaftlichen Kurzsichtigkeit sparen sich die Länder selbst kaputt."

Florian Köbler schloss die Rednerliste: "Der Staat riskiert nichts Geringeres, als dass Deutschland handlungsunfähig wird, mit katastrophalen Folgen für die Gesellschaft. Einen Haushalt ohne Gelder zu beschließen, wird auch in Zukunft nicht klappen."

Hintergrund:
Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Es ist noch eine dritte Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember 2023 vereinbart.

Bildleiste:

Ein Teil der VBE-Demonstrierenden bei der Aufstellung in der Lautenschlager Straße in Stuttgart

Annähernd 6.000 öffentlich Beschäftigte sind am 30.11.2023 dem Streikaufruf des dbb und BBW Beamtenbund Tarifunion gefolgt und zur Großdemo nach Stuttgart gekommen. Auf ihrem Protestmarsch rund um die Stuttgarter Innenstadt, vorbei am Finanzministerium, machten sie ihrem Unmut mit Trillerpfeifen lautstark Luft. Mit eindeutigen Botschaften auf ihren Transparenten und Bannern untermauerten sie die Tarifforderung: Schluss mit dem Spardiktat. 10,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 500 Euro sind angemessen und mehr als überfällig.

VBE und BBW – eine starke Kooperation

Der VBE- Vorsitzende Gerhard Brand hielt seine Truppe beisammen